

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 32 (1953)
Heft: 11-12

Vereinsnachrichten: Verzicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf die Beteiligung am Bundesrat

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rat Dr. Max Webers und sprach ihm ihr volles Vertrauen und ihren Dank aus für seine hervorragende Arbeit, die er für Land und Volk geleistet hat.

Am 12. und 13. Dezember nahmen die verantwortlichen Instanzen der Partei, Geschäftsleitung, Politische Kommission und Parteivorstand Stellung zur innenpolitischen Situation, wie sie nach dem verwerfenden Volksentscheid und nach dem Rücktritt von Bundesrat Weber entstanden ist. Das Ergebnis dieser gründlichen Aussprache fand seinen Niederschlag in der nachstehenden *Erklärung des Parteivorstandes der SPS*.

Die innenpolitischen Geschehnisse der letzten Tage und Wochen haben vor aller Augen die schwere Krise enthüllt, in der sich die großen bürgerlichen Landesparteien befinden. Die Zersetzung und Aufspaltung in ihren Reihen ist offensichtlich, und die Vorkommnisse und Begleiterscheinungen rund um den 6. Dezember bilden eine eindruckliche Bestätigung dessen, was in unserem heutigen Heft der «Roten Revue» über den Standort der Freisinnigen und der Katholischkonservativen, aber auch des Landesrings ausgeführt wird. Im nächsten Januar-/Februarheft werden wir die Analyse der Politik der übrigen bürgerlichen Parteien fortsetzen und vom sozialdemokratischen Gesichtspunkt aus die große innenpolitische Bedeutung beleuchten, die dem 6. Dezember und den Entscheiden sowohl der Sozialdemokratischen Partei wie der bürgerlichen Regierungsparteien zukommt. P. S.

Verzicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf die Beteiligung am Bundesrat

Die Erklärung des Parteivorstandes der SPS

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz trat am 13. Dezember 1953 in Zürich unter dem Vorsitz des Parteipräsidenten, Nationalrat Walther Bringolf, und im Beisein von Bundesrat Dr. Max Weber zusammen. Er stimmte mit 62 Stimmen gegen eine Stimme folgender EntschlieÙung zu:

1. Der Parteivorstand bedauert die Verwerfung der Vorlage für die Ordnung der Bundesfinanzen vom 6. Dezember 1953. Die Vorlage war das Ergebnis einer Verständigung der im Bundesrat bisher vertretenen politischen Parteien. Obwohl sie nicht alle Forderungen, die wir Sozialdemokraten zu stellen hatten, erfüllte, fand sie unsere tatkräftige Unterstützung.

2. Der Parteivorstand macht für den verwerfenden Volksentscheid in erster Linie jene Kreise des Bürgertums aus Industrie, Finanz, Handel und Gewerbe verantwortlich, die aus nacktem Egoismus jeder gerechten Belastung der hohen Einkommen Widerstand leisten. Anonyme, von Handel und Indu-

strie finanzierte Büros und Aktionskomitees, die die bürgerlichen Parteien zersetzten und die öffentliche Meinung bewußt irreführten, haben der Institution der Referendumsdemokratie erneut schweren Schaden zugefügt.

3. Der Parteivorstand betrachtet den Rücktritt von Dr. Max Weber aus dem Bundesrat als richtig. Er spricht Bundesrat Dr. Max Weber für seine aufopfernde und vorbildliche Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung und des ganzen Landes aufrichtigen Dank aus.

4. Der Parteivorstand beschließt, unter den heute gegebenen Umständen auf eine Vertretung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz im Bundesrat zu verzichten.

5. Der Verzicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf ihre Vertretung ändert grundsätzlich nichts an ihrer Haltung zur Innen- und Außenpolitik unseres Landes. Die Sozialdemokratische Partei wird ihren Kampf um den Ausbau unserer Demokratie, geleitet von den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Interessen des ganzen arbeitenden Volkes, beharrlich weiterführen.

6. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und ihre Fraktion in der Bundesversammlung werden jede Verschlechterung der heute in Kraft befindlichen Finanzordnung (Übergangsordnung) entschieden bekämpfen. Eine weitere Belastung der Arbeiter und Angestellten, insbesondere durch Erhöhung der Konsumsteuern, wäre unannehmbar. Ohne direkte Bundessteuer, die den Besitz und die hohen Einkommen gebührend erfaßt, wird die Sozialdemokratische Partei keiner Ordnung der Bundesfinanzen zustimmen.

7. Die heutige Entscheidung des Parteivorstandes verpflichtet die gesamte Parteimitgliedschaft in Stadt und Land zur Stärkung der Aktivität und zu entschlossenem Handeln. Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie ruft das ganze werktätige Volk auf, mit ihr den Kampf für die Sauberkeit im politischen Leben zu führen und für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Freiheit und Demokratie einzutreten.

HANS OPRECHT

Der Freisinn — liberal, radikal oder was denn ?

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz stellt gegenwärtig im Nationalrat 51 Vertreter, im Ständerat deren 12. Sie zählte zwar bei den Nationalratswahlen 1951 weniger Stimmen als die Sozialdemokraten, sie nimmt aber immer noch drei Bundesratssitze für sich in Anspruch. Sie wähnt sich zwar auch heute noch als *die* staatserhaltende Partei des Liberalismus